



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Pr. Nr. 124

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

Keine Flucht in den Kulturkampf

Von Jürgen F. Warner

An den NWDR wurde kürzlich ein Schreiben gerichtet, um eine Frage anzuschneiden, die, weil politisch wichtig, unter politischen Gesichtspunkten zu betrachten ist. Die Frage nämlich, ob es angängig sei, am Sonntagvormittag nach dem Wunsch einer Minorität der Hörer, in einstündiger geschlossener Sendezeit Kirchensendungen zu übertragen, die zu einem Zeitpunkt beginnen, an dem auch über alle anderen, in Nordwestdeutschland gut hörbaren Sender des Bundesgebietes gleiche Programme laufen. Es wurde die ernste Befürchtung geäußert, dass diese Programmpolitik, die beliebte Empfangszeiten des Vormittags für eine begrenzte Hörerschaft monopolisiert, einen Grossteil der Hörer auf den Empfang des Leipziger Rundfunks abdrängen werde. Dieser Sender bringt zur fraglichen Zeit, mit bester Empfangsmöglichkeit für weite Teile des NWDR-Gebietes, ein lebendiges Unterhaltungsprogramm - dem politische Propaganda folgt und vorangeht.

Vor diese Fragen also wurde der NWDR gestellt. In den zahlreichen gefühlsbetonten Entgegnungen wurde der empörte, aber unaufrichtige Vorwurf erhoben, ein Kulturkampf gegen Religion und Christentum sei der Zweck der Vorstellungen beim NWDR. Nicht eine der eifernden Erwiderungen bemühte sich um den Kern der Sache. Mit eben der Intoleranz, die sie dem Gegner vorwarfen, betonten die zahlreichen Artikelschreiber den Anspruch der Kirche auf die bisherigen Sendezeiten als ein geheiligtes Recht. Ja, man scheute sich nicht, die gegenüber der Programmatik des NWDR geäußerten politischen Bedenken als "Infamie" zu bezeichnen. Es ist nicht leicht, die achtungsvolle Toleranz, die in der Auseinandersetzung über kulturelle Ansprüche der Kirchen walten sollte, gegenüber dieser bedenkenlosen, machtpolitisch betanten Polemik zu bewahren. Was kann kirchliche Kreise zur Beseitigung eines Reservatrechtes auf die Sendezeiten in ihrer derzeitigen Programmordnung veranlassen, wenn nicht die Absicht, durch Massierung dieser Sendungen in der Zeit um neun Uhr einen Zwang auf die Hörer auszuüben? Allein die Sender München und Bremen bringen zu dieser Zeit ein anderes Programm. Aber nur den Besitzern von Spitzenapparaten ist es im Gebiet des NWDR möglich, sie zu empfangen. Wenn dann den Bedenken

wegen der politischen Konsequenzen dieser Monopolisierung der Sendezeit mit dem Hinweis entgegengetreten wird, auch der Sender Leipzig brächte gottesdienstliche Feierstunden, "wenn auch etwa eine Stunde früher", so endet die Möglichkeit einer sachlichen Auseinandersetzung.

Für alle Programmfolgen ernsthaften Charakters, auch für die kirchlichen Sendungen, gilt die Erfahrung, dass sie nur von einer Minderzahl der Hörer aus vollem Herzen bejaht werden. Die 18 % der Hörer, die im Bundesgebiet regelmässig am Empfang kirchlicher Sendungen teilnehmen (im Sendgebiet des NWDR allein sind es 21 %) werden daher von keinem ernsthaften Menschen als eine hoffnungslose Minderheit betrachtet werden, die etwa gegen diese Sendungen an sich spricht. In der Frage allerdings, wie die Programme zur feiertäglichen Befriedigung aller Hörer über die Stunden des Sonntagvormittags zu verteilen sind, müssen solche statistischen Feststellungen mitsprechen. Es berührt dabei merkwürdig, dass sich in der Argumentation der Gegenseite zu diesen 21 Prozent ernsthafter und bewusster ständiger Hörer im Bereich des NWDR nun plötzlich weitere 22 Prozent gesellen, die, wie es der NWDR formuliert, "häufig" und "gern" die Kirchensendungen hören.

Diese "Auch-Hörer" sind es sonst, die bei den Auseinandersetzungen über die volksbildenden Aufgaben des Rundfunks die Sorge aller um die Lösung dieser Frage Bemühten, gerade auch beim NWDR, bilden. Hier werden sie nun benutzt, um statistisch für eine Sendung zu zeugen, der mit "gerne" und "häufig" hörenden Teilnehmern, mit Menschen also, denen der Rundfunk nur die gleichgültig-angenehme Geräuschkulisse des Tagesablaufs bedeutet, am wenigsten gedient ist. Zur Vervollständigung der Statistik darf es bei solchen Begründungen nicht unerwähnt bleiben, dass der bewussten Bejahung kirchlicher Sendungen durch 21 % der Hörer eine ebenso entschiedene Ablehnung durch 37,6 % gegenübersteht.

Das angeschnittene Problem ist vielgestaltig; es fordert in seiner Behandlung Verständnis und guten Willen von allen Interessierten. Durch Kulturkampfemagogie, wie sie leider von kirchlicher Seite getrieben wurde, ist eine solche Frage nicht zu lösen. Die sachliche Auseinandersetzung wird weitergeführt werden müssen. Sie wird ohne jede Voreingenommenheit nach Möglichkeiten für Umfang, Art und Programmordnung der Sonntagssendungen zu forschen haben, die allen Beteiligten gerecht werden und staatspolitisch vertretbar sind.

"Irgendwo in Russland..."

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Die so absolut verdunkelte Tagung des Kominformbüros "Irgendwo in Ungarn" fand in einer Periode der inneren Krisen und des allgemeinen Rückschlages der kommunistischen Bewegung in Europa statt. Als die Kominform im September 1947 "Irgendwo in Polen" gegründet wurde, war eine ihrer stärksten Bastionen die jugoslawische kommunistische Partei. Ihre Vertreter E. Kardelj und M. Djilas spielten auf der Gründungskonferenz eine hervorragende Rolle, was besonders dadurch zum Ausdruck kam, dass Belgrad zum ständigen Sitz des Kominformbüros ausersehen wurde. Polen wurde auf der Gründungskonferenz durch den damals noch allmächtigen Generalsekretär der kommunistischen Partei, W. Gomulka, repräsentiert. Seitdem ist Jugoslawien abgefallen und die Kominform hat in allen Satellitenstaaten mit den "Titoisten" zu kämpfen. Die einschneidenden "Säuberungsaktionen", Schauprozesse und Todesurteile in allen von Russland beherrschten Ländern beweisen es. Und es ist eine ironische Tatsache, dass alle drei leitenden Köpfe der Gründungskonferenz von 1947 heute verschwunden sind: Seddanow ist tot, Kardelj ausgeschlossen und Gomulka abgesetzt.

Gleichzeitig haben die letzten zwei Jahre schwere Rückschläge für die Kommunisten in Frankreich und Italien gebracht, wo sie sich nahezu an der Macht wähnten. In allen anderen Ländern West- und Nordeuropas haben die Kommunisten gleichfalls schwere Verluste bei allen Parlaments-, Kommunal- und Gewerkschaftswahlen erlitten. Schliesslich hat Moskau die 1945 erzwungene Leitung in der internationalen Gewerkschaftsbewegung verloren. Eine neue, antikommunistische Gewerkschaftsinternationale ist auf den Plan getreten.

Moskau hatte daher allen Anlass, über die letzte Entwicklung bekümmert zu sein und musste neue Propagandamittel suchen. Schon die Zusammensetzung der russischen Delegation wies darauf hin. Diesmal war die Sowjetunion nicht durch die Leiter des Politbüros wie 1947 vertreten. An Stelle von G. Malenkow und des verstorbenen A. Seddanow kamen M. Suslow und Prof. P. Judin zur Sitzung des Kominformbüros. Beide sind die höchsten Leiter der sowjetischen Propaganda. Suslow ist Chef für Agitation und Propaganda des Zentral-Komitees der Partei in Moskau. In seinen Händen liegt die oberste Leitung der gesamten russischen Presse und des Rundfunks. Prof. P. Judin ist Mit-

glied der Akademie der Wissenschaften und einer der Hauptverfasser der theoretischen Schriften der russischen Kommunisten. Er hat sich

auch besonders mit den Verhältnissen in Osteuropa befasst und veröffentlichte kürzlich in der führenden russischen Zeitschrift

"Voprosi filosofiji" (Philosophische Fragen) einen langen Artikel über die volksdemokratischen Länder. Die Entsendung Suslows und Ju-

dins zur Kominform-Sitzung beweist, dass Moskau diesmal meistens propagandistische Aufgaben für ihre Satellitenparteien bereit hatte.

Es ist zu erwarten, dass Moskau nunmehr die westeuropäischen Massen hauptsächlich mit Friedensparolen zu gewinnen versuchen wird.

In der von Suslow eingebrachten Resolution werden die Kommunisten in der ganzen Welt aufgefordert, "den Kampf für den Frieden zu ihrer

wichtigsten Aufgabe zu machen und die Massenbewegung für den Frieden aufzubauen". Diese Resolution bedeutet, dass die kommunistische

"Friedensoffensive", die im Januar dieses Jahres eingeleitet wurde, nunmehr mit allen Mitteln forciert werden soll. Man wird verstärkt

versuchen, Nichtkommunisten zum Eintritt in verschiedene, angeblich für den Schutz des Friedens gebildete Organisationen, zur Teilnahme

an "Friedenskongressen" und zur Unterzeichnung von Friedensaufrufen zu bewegen. Auf diese Weise soll dann eine günstigere Stimmung für

die kommunistische "Friedenspartei" und natürlich auch für die Aussenpolitik der Sowjetunion geschaffen werden. Dass die nicht mehr ganz

neuen Kominform-Parolen nur dazu dienen, die in Wirklichkeit den Frieden der Welt bedrohende Politik der grössten Kriegsmacht der Welt

zu tarnen und zu unterstützen, ist kein Geheimnis. Und darum sind diese Parolen nicht gefährlicher und nicht ungefährlicher als alles

andere, was bisher aus der Kominformküche gekommen ist.

Erhard A u e r

(sp.) Der einstige Führer der bayerischen Sozialdemokratie und "Feind Nr.1" der aufstrebenden Hitlerbewegung wäre am 22. Dezember 75 Jahre alt geworden.

Erhard Auer, der geistige Kopf der bayerischen Sozialdemokratie vom Zusammenbruch 1918 bis zur "Machtergreifung" war ein mutiger

Mann der Weimarer Zeit, der durch seine Haltung als grimmigster Gegner der in Bayern erstarkenden Nazi-Bewegung die Achtung aller

anständigen Deutschen erworben hat. Auer wurde 1874 geboren als Dorfarmenkind, wurde 1908 Geschäftsführer der bayerischen sozial-

demokratischen Partei und spielte seither im bayerischen Landtag eine beachtliche Rolle. Am Weltkrieg nahm er als Landsturm-Unter-

offizier teil. 1918 wurde er entlassen und übernahm in München wieder die Führung der bayerischen Sozialdemokratie. Wenige Monate vor dem

Zusammenbruch schlug er dem letzten bayerischen König vor, zum Kaiser ins Hauptquartier zu fahren und einen sofortigen Friedensschluss zu

verlangen. Ludwig III. sagte jedoch zu ihm: "Lieber Herr Auer, fahren doch Sie nach Spaat! Auf Sie hört er vielleicht mehr als auf mich".

Nach der Revolution vom 7. November 1918 wurde Auer Minister des Innern und Landtagspräsident und nach der Ermordung Eisners von Kommu-

nisten im bayerischen Landtag niedergeschossen. Über ein Jahr lang lag Auer im Krankenhaus, bis er im Jahre 1920 als Vizepräsident des

bayerischen Landtags und Chefredakteur der "Münchener Post" wieder die Führung der demokratischen Linken in Bayern übernehmen konnte.

Am 9. Mai 1933 wurde er im Münchener Stadtrat blutig geschlagen, musste München verlassen und führte unter falschem Namen im badischen Schwarz-

wald ein verstecktes Dasein. Nach dem 20. Juli 1944 sollte er erneut in Haft genommen werden. Auer war jedoch schwer erkrankt und nicht

mehr transportfähig. Als die amerikanischen Panzerwagen durch den Schwarzwald rollten, starb er am 20. März 1945 in Bingen a.d. Brenz.

Dr. Sch.

Neue Gewerkschaftszeitungen

sp. Mit der Verschmelzung der Industriegewerkschaften und der Gewerkschaftsbünde erfolgt auch eine völlige Umstellung im Presse-

wesen. Mit Ausnahme weniger Gewerkschaften hatten die meisten Industrie-Verbände im Gegensatz zu den Gewerkschaftsbünden bisher kei-

ne eigenen Presseorgane. An der Spitze stand "Der Bund", das Organ des DGB der britischen Zone, ebenso hatten Bayern, Hessen, Rheinland-

Pfalz etc. eigene Gewerkschaftszeitungen.

Ab 1. Januar 1950 tritt an die Stelle dieser Einzelorgane die "Welt der Arbeit", eine Wochenzeitung im Grossformat. Die Zeitung

soll zum Preis von DM 0,20 verkauft werden, sie soll neben ihrem gewerkschaftlichen Inhalt alles bieten, was eine moderne Wochenzei-

tung an guter Unterhaltung und Unterrichtung zu leisten vermag. Sieben Länderbeilagen (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Nordmark,

Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und Rheinland Pfalz) sollen die speziellen regionalen Vorgänge festhalten. Chefredakteur ist der

Journalist Sateraus, Sitz der Redaktion Köln.

Der "Aufwärts", die Jugendzeitschrift des DGB der britischen Zone, wird weiterhin als Jugendorgan des neuen DGB erscheinen. Eine

Zeitschrift für die Funktionäre wird unter der Chefredaktion von August Enderle erscheinen. Auch ein theoretisches Organ des DGB ist geplant.

Daneben werden - in den meisten Fällen kostenlos - die Industriegewerkschaften ihre eigenen Fachblätter herausgeben, zum Teil erscheinen diese Zeitungen bereits. Die wichtigsten davon sind:

"Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr" (je zweimal monatlich) Ausgabe für alle Arbeiter, für alle Beamten, für die Polizei.

Ferner von der gleichen Gewerkschaft

• "Der Funktionäre", eine Ausgabe für die Betriebsräte und Vertrauensleute,

"Wirtschaft, Technik, Verkehr" und die "Sanitätswarte".

Erscheinungsort aller dieser Zeitungen ist Stuttgart.

Die Industriegewerkschaft Bergbau verfügt über "Die Bergbau-Industrie" und "Die Bergbau-Rundschau" (Bochum).

Die Gewerkschaft der Eisenbahner gibt das Fachblatt "Der deutsche Eisenbahner" (Frankfurt/Main) heraus, die Industriegewerkschaft

Metall die Zeitung "Metall" (Frankfurt). "Der Grundstein" (Frankfurt) als Organ der Industriegewerkschaft Bau, Steine und Erde die

"Gewerkschaftspost" (Hannover) der Gewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, "Druck und Papier" (Stuttgart) die "Land- und Forstwirtschaft"

• (Hannoversch-Münden) die "Deutsche Post" (Münster) ergänzen diese Aufstellung. Die Industriegewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten und

die Industriegewerkschaft Textil, Bekleidung werden zu Beginn des neuen Jahres über eigene Organe in Hamburg bzw. Bielefeld verfügen.

Die Gewerkschaft "Kunst" wird vorerst kein eigenes Zentralorgan herausgeben, besitzt aber bereits jetzt einige Fachzeitschriften, so "Der Berufsmusiker", Erscheinungsort Wachen, "Deutsche Musikerzeitung", Erscheinungsort Pullach b. München, "Artisten" (Hamburg) und "Die Bühnengenossenschaft" (Hamburg). Unsere Aufstellung wäre unvollständig, würden wir nicht auch die ausserhalb des DGB erscheinende Zeitschrift der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft "Der Angestellte" erwähnen. Sie erscheint unter der Chefredaktion von Ernst Kähler einmal monatlich in Hamburg. Auch die UGO und die ihr angeschlossenen Verbände in Berlin verfügen über eine ganze Anzahl von eigenen Presseorganen. Wir möchten nur das wöchentlich erscheinende Zentralorgan der UGO "Freies Wort" unter der Chefredaktion von Ludwig Diederich erwähnen. N.
